GRÜNE Positionen zur Konversion am Limberg

- Die **GRÜNEN** haben den Abzug der Briten als Chance großflächige Gebiete in der Stadt neu zu überplanen, begrüßt. Im Zentrum unserer Strategie steht ein konsequentes Flächenrecycling, d.h. die Nachnutzung der Briten-Flächen statt Neuausweisung und Zerstörung von Naturflächen.

- Die **GRÜNEN** haben sich für eine breite Bürgerbeteiligung im Konversionsprozess stark gemacht. Die Information der Bürger/innen und ihre Beteiligung zum weiteren Planungsprozess am Limberg durch die Verwaltung ist defizitär. Das haben wir mehrfach kritisiert. Wir setzen uns dafür ein, dass dies verbessert wird.
  Seitens der **GRÜNEN** wurden Anwohnern und auch der BI mehrfach Gespräche angeboten. Im Rahmen der Möglichkeiten wurden relevante Informationen weiter an Interessierte (Anwohner/innen, BI) weitergeleitet.

- Für den Limberg haben die **GRÜNEN** eine weitere Nutzungsoption wie im Perspektivplan oder im Strukturkonzept grundsätzlich unterstützt (Mischung Gewerbe, Freizeit, Wohnen). Eine industrielle Nutzung wird abgelehnt. Für die Nachfolgenutzung orientieren wir uns an folgenden Kriterien:

  1. Das anliegende Nettetal darf in seiner Funktion als Naherholungsgebiet und Landschaftsschutzgebiet (LSG) nicht beeinträchtigt werden.
  2. Die verkehrliche Belastung für die anliegenden Wohnquartiere soll möglichst nicht zunehmen. Möglichkeiten zur Entlastung sind zu nutzen, z.B. durch die Führung von vorhandenen (Durchfahrts-)Verkehren durch das Kasernengelände und Sperrung der Straße Am Limberg. Die Problematik Ellerstraße muss mit aufgearbeitet werden.
  3. Die zukünftige Lärmbelastung muss mindestens die gesetzlichen Grenzwerte einhalten. Darüber hinaus dürfen die Belastungen der vorherigen Kasernennutzung nicht überschritten werden.
  4. Kritische Emissionen (Schadstoffe, Staub), die zu einer besonderen Belastung der Luft führen, wie beispielsweise durch ein braunkohlenstaubbetriebenes Asphaltmischwerk oder eine offene Brecheranlage sind abzulehnen.
  5. Die weitere Nutzung der Kaserne muss größere Grünräume und Freiflächen beinhalten.

- Wir **GRÜNEN** streben eine mehrheitsfähige Positionierung im Rat an, damit Entscheidungen zu Stande kommen, die dem Wohle der Stadt dienen. Rein symbolische Beschlüsse zum Zwecke der öffentlichen Profilierung dienen der Stadtentwicklung nicht. Dazu gehört, dass **GRÜNE** im Zweifel auch verhandeln, um Mehrheiten für Verbesserungen zu organisieren.
  (Ein Beispiel: Das Baugebiet "nördl. Knollstraße" wurde von den **GRÜNEN** stets abgelehnt. Ursprünglich sollten dort 450 Wohneinheiten entstehen. In Verhandlungen konnten wir erreichen, dass diese Zahl auf 150 begrenzt und die Fläche auf die nördlichen, ökologisch weniger wertvollen Bereiche beschränkt wurde.)

v.i.S.d.P.: RATSFRAKTION BÜNDNIS /DIE GRÜNEN · BIERSTRASSE 28/RATHAUS · 49074 OSNABRÜCK · ☎ 0541/323-3130 · FAX: 0541/323-4336
fraktion(ät)gruene-os.de · www.fraktion-gruene-os.de

Chronologie

- 2006: Briten kündigen Abzug an
- 2007: Rat beschließt einstimmig Konversionsstrategie und umfassende Bürgerbeteiligung. Aufstellungsbeschlüsse für Bebauungspläne für alle Kasernengelände und Wohnbereiche.
- 2008: BIMA akzeptiert teilweise strategische Vermarktung (Vorteile f. Familien, Einzelverkauf)
- 2008/08 Perspektivpläne werden erarbeitet
- 2008/08 Sommer: erste Anfrage von Dallmann an Verwaltung (der Rat hat davon keine Kenntnis)
- 2009/04: Ratsgremien beschließen einstimmig ohne Enthaltung, dass Dallmann-Ansiedlung grundsätzlich vorstellbar sei.
- 2010/02: BIMA schreibt Teilfläche am Limberg aus.
- 2010/08: Verwaltung legt Rahmenplan vor. Erstmals ist von Industriegebiet die Rede. Als Einzige stimmen die GRÜNEN nicht zu: Auswirkungen völlig unklar und Detailpläne fehlen.
- 2010/09: BI gründet sich.
- 2010/10: Erste Bürgeranhörung der Verwaltung über den Rahmenplan. Keine weiteren Details.
- 2010/11: GRÜNE fordern Dallmann und OB auf, die Pläne auf den Tisch zu legen.
- 2011/01: GRÜNE fordern von der Verwaltung Klärung über Gerüchte zu Brecheranlage und Asphaltmischwerk.
- 2011/03: GRÜNE fordern erneut Dallmann und Verwaltung auf, in die Öffentlichkeit zu gehen.
- 2011/04: UWG scheitert im Rat mit einem Antrag zum Limberg. GRÜNE unterstützen diesen nicht, da weiter unklar, was eigentlich geplant ist.
- 2011/06: Stadt spricht im Bürgerforum erstmals von Brecheranlage und Asphaltmischwerk.
- 2011/06: GRÜNE erklären, dass ein Industriegebiet mit Brecheranlage und Asphaltmischwerk abgelehnt wird. Ein Bauhof (Gewerbegebiet) aber denkbar bleibe.
- 2011/06: Verwaltung erklärt, dass sie in der weiteren Planung nur noch ein Gewerbegebiet will.
- 2011/07: SPD und CDU schließen sich der Verwaltungsposition an.

Weiteres Verfahren:

- 2011/06: Bürgerinformation durch die Verwaltung
- 2001/09: Kommunalwahlen
- 2011/Herbst: B-Plan-Entwurf soll vorgelegt werden
- ??? ggf. Auslegungsbeschluss, vierwöchige Auslegung, Zeit für Stellungnahmen
- ??? ggf. Überarbeitung des Entwurfes
- ??? ggf. Satzungsbeschluss
- ??? ggf. Klagen vor Gericht